



Der Saal des Hausacher Feuerwehrgerätehauses war voll besetzt bei der Podiumsdiskussion über Opferschutz und Opferrechte.

Fotos: Alexander Gehring

Die Mühlen der Justiz mahlen viel zu langsam

Diskussion über Opferschutz in Hausach deckte Schwachpunkte auf

Mehr Tempo im Strafverfahren und ein generelles Recht auf einen staatlich bezahlten Opferanwalt: So lauteten zwei zentrale Forderungen bei der Podiumsdiskussion in Hausach zum Thema »Opferrechte – Opferhilfe«.

VON ALEXANDER GEHRINGER

Hausach. Vieles hat sich verbessert – und doch sitzen Verbrechenopfer noch zu oft am kurzen Hebel. Das zeigte sich am Donnerstag beim Diskussionsabend des Weißen Rings im Ortenaukreis und der Hausacher CDU über Opferrechte und -hilfe im Feuerwehrgerätehaus. »Vor 30 Jahren war das Opfer nur Beweismittel im Strafverfahren, seine Nöte spielten keine Rolle«, blickte Gastredner Siegfried Kauder, Bundestagsabgeordneter und Vorstandsmitglied des Weißen Rings, zurück. Schmerzensgeld habe sich ein Geschädigter separat erstreiten müssen. »Per Gesetz mussten wir die Richter zwingen, Straf- und Zivilprozess auf Wunsch im Adhäsionsverfahren zu vereinen«, so Kauder.

Für den Anwalt ist dieser Fortschritt aber nicht genug: »Ein Geschädigter braucht Rechtsmittel, wenn ihm das Gericht den Anwalt verwehrt«, forderte Kauder. Während der Täter generell Anspruch auf den Pflichtverteidiger habe, zahle der Staat dem Opfer nicht bei allen Delikten einen Rechtsbeistand. »Und dieser hat auch noch Probleme, bei der Auszahlung des Strafmaßes gehört zu werden«, bemängelte Kauder. Ein weiterer wunder Punkt sei das Opferentschädigungsgesetz: »Psychologische Betreuung ist direkt nach der Tat nötig, nicht zwei Jahre später!« Kauder forderte pauschalierte, einfachere Bestimmun-

gen nach angelsächsischem Vorbild.

Den verlorenen Posten des Geschädigten kennt die Offenburger Juristin Tanja Schwarz nur zu gut: »Er hat oft zu wenig Geld, den Anwalt zu finanzieren, aber zu viel, um Prozesskosten erstattet zu bekommen«, verdeutlichte sie das Dilemma. Und bei der Entscheidung, ein Verfahren einzustellen, dürfe sie als Opferanwältin kein Wort mitreden.

Kinder ohne Lobby

Auch Kinder hätten eine schwache Lobby, stellte die Oberkircher Buchautorin Karin Jäckel fest: »Nach Misshandlungen werden sie oft in Pflegeheime oder -familien abgeschoben, das bringt zusätzlich Leid und Schuldgefühle.« Diese Maßnahme, widersprach Kauder, sei oft unumgänglich: »Familientherapie und Psychologen mit zu langen Wartezeiten bieten nicht genug Kontrolle.« Wichtig sei allerdings, dass Polizei und Gerichte, etwa mit speziellen Vernehmungsräumen, kindgerechter würden.

Machtlos sieht sich das Opfer oft den langsamen Mühlen der Justiz ausgesetzt. »Seit vier Jahren warte ich auf das Revisionsverfahren gegen den Täter, er läuft immer noch frei herum und provoziert mich ständig!«, machte ein Zuhörer seinem Unmut Luft. »Was ist zu tun, damit Gerichte schneller arbeiten?« – auf die Frage von Moderator

Hans Geiger, Redakteur beim OFFENBURGER TAGEBLATT, plädierte Kauder für abgespeckte Verfahren: »Das endlose Befassen mit Urkunden muss aufhören.« Besser als früher werde bereits das Personal genutzt: Große Strafkammern könnten nun auch aus zwei statt drei Berufsrichtern bestehen.

Ein heißes Thema im voll besetzten Saal: die Präsenz der Polizei. »Ich wurde bedroht und erst nach 70 Minuten traf die Polizei ein!«, empörte sich ein Zuhörer. Kriminaloberrat Felix Köppel von der Polizeidirektion Offenburg räumte ein, dass die Kapazitäten nicht unbegrenzt seien, jedoch: »Wir haben unsere Arbeitsprozesse optimiert und unterliegen Interventionszeiten – 70 Minuten Wartezeit sind ein bedauerlicher Einzelfall.« Dennoch forderte Siegfried Kauder von der Polizei »mehr Zeit für Opfer und Straf- an anderer Stelle.«

Bei der Diskussion wurde außerdem klar: Für mehr Opferschutz und Prävention muss auch das Miteinander der Beteiligten stimmen. Eine Jugendbetreuung etwa, bei der Polizei und Justiz, Schule und Gesellschaft zusammenarbeiten, wünschte Bürgermeister Manfred Wöhrle. Er mahnte zudem eine bessere Kommunikation zwischen Polizei und Stadt an. Tanja Schwarz brachte es auf den Punkt: »Ich bin glücklich, wenn alle Institutionen als Netzwerk ineinandergreifen.«

STIMMEN

»Der Informationsaustausch zwischen Polizei und Kommunen muss verbessert werden, man darf sich nicht hinter dem Datenschutz verstecken.«

Manfred Wöhrle, Bürgermeister der Stadt Hausach.



»Fakt ist: Offizielle staatliche Stellen für Opferbelange gibt es nicht, im Gegensatz zu vielen, die sich um den Täter kümmern.«

Gosbert Müller, Landesvorsitzender des »Weißen Rings«.



»Sexueller Kindesmissbrauch ist seelischer Mord – wie kann man so etwas verjähren lassen?«

Karin Jäckel, Buchautorin aus Oberkirch.



»Die Staatsanwaltschaften sind der Flaschenhals des Strafverfahrens: Es geht zu lang!«

Siegfried Kauder, Bundestagsabgeordneter (CDU).



»Das Problem sind die leeren Kassen: Nur zwei bis drei Prozent des Landeshaushalts entfallen auf die Justiz.«

Werner Kadel, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Wolfach, zur Schnelligkeit der Strafverfahren.



STICHWORT

»Weißer Ring« in der Ortenau

In drei Jahrzehnten seines Bestehens hat der Ortenauer Verband der Opfervereinigungen »Weißer Ring« mehr als 2500 Kriminalitätsoffer betreut. 2007 nahmen bei 680 Gewalttaten im Kreis 160 Ge-

schädigte den Weißen Ring in Anspruch. Er fordert die Verabschiedung des »Gesetzes zur Stärkung der Opfer im Strafverfahren«, im bestehenden Opferentschädigungsgesetz eine Beweislastumkehr

und eine zeitnahe Entscheidung unter Vorbehalt, damit das Opfer gesetzliche Finanzleistungen zügig bekommt. Vorsitzender ist der ehemalige Hausacher Polizeipostenleiter Jürgen Henninger.